

Sonderwort von Olaf Thomas Opelt 18.07.2018

Hallo Menschen,

es beißt die Maus keinen Faden ab, die „wilden Kommissare“, genannt werden sie Bürgerservice, der Rundfunkanstalten, lassen keine Luft an den Forderungen der Gebühren, die sie für ihre Auftraggeber die Anstalten, einzutreiben gedenken zu dürfen.

Gedenken zu dürfen auf der Grundlage eines vermeintlichen Rundfunkstaatsvertrages.

Wer, wo, wie, wann, irgendwie mit wem auf deutschem Grund und Boden einen Staatsvertrag abgeschlossen hat, lassen die Herrschaften der Rundfunkanstalten völlig offen. Und die „wilden Kommissare“ sind zu keinerlei Äußerungen gewillt.

Man kann sich die Finger wundschreiben, wie der rQ Opelt im Jahr 2013 mit 4 Schreiben an die Anstalten, im Jahr 2014 mit ganzen 9 Schreiben und im Jahr 2015 mit nochmals 4 Schreiben.

Es interessiert die Herrschaften von den Anstalten nicht, daß sie keinen öffentlich rechtlichen Hintergrund besitzen, da die BRiD [weder vor 1990 noch nach 1990 ein Staat](#) war und ist, der Einigungsvertrag samt dem 2+4 Vertrag [rechtlich nicht in Kraft getreten ist](#) und ein verfassungsgebender Kraftakt wie er z.B. in der neuen Präambel zum GG steht, [nicht stattgefunden hat](#).

Dann kam es im Jahr 2016 zur Vollstreckung betrieben durch die „wilden Kommissare“ gegen der rQO. Mitnichten hat es geholfen, sich dagegen zu wehren, da die „wilden Kommissare“ die Vollstreckungen selbsttätig betreiben und nicht über Gerichte gehen müssen, wie es in einem Rechtsstaat üblich wäre. Anschließend ging die Sache dann zum Gerichtsvollzieher, der in der BRiD inzwischen offiziell privatisiert wurde um eine vermeintliche Amtsanmaßung zu umgehen. Dieser hat es aber vom rQO inzwischen satt und ließ den „wilden Kommissaren“ wissen, daß nichts zu holen ist. Nichts zu holen, weil man den Opelt wirtschaftlich und körperlich zerstört hat und in seiner rotzigen Querulanz noch immer nicht das Maul hält, sich nicht duckt und schon gleich gar nicht anpaßt. Weil er für Volksherrschaft gegen die Volksbeherrschung eintritt, weil er sein Gewissen der Wahrheit verpflichtet. Und was machen die Kommissare? Um die 1,5 Millionen Vollstreckungen treten sie im Jahr los gegen die Bewohner des Bundesgebiets, unter denen bekanntlicherweise der größte Teil, das deutsche Volk ist. 3,5 Millionen Schreiben wollen sie nun wieder loslassen um säumige Schutzgeldzahler zu mahnen die Rundfunkgebühren zu entrichten.

Es werden immer wieder neue aufgestöbert, die zu Unrecht keine Gebühren zahlen würden. Welch ein Schwindel, welch ein Mißbrauch von gültigem deutschen Recht und Gesetz, welch eine Rechtsstaatswidrigkeit mit denen Menschen von diesen Häschern gehetzt!

Es stellt sich letztendlich klipp und klar dar, daß der Einzelne sich gegen ein solches Unrecht nicht wehren kann. Dieses versuche ich den Menschen nun inzwischen seit mehr als 15 Jahren beizubringen, in dem ich den Weg des Widerstands gehe und nach 2005 fast im Alleingang. Ich zeige mit meinem Kampf auf, daß egal wie deutlich und richtig man auch seine Argumente setzt, es der Gegenseite völlig egal ist, und sie ihre Macht durchsetzt. Die Macht der Legislative, der Judikative und der Exekutive, die in keiner Weise einer Gewaltenteilung unterliegt. Dies erkennt man daran, wie Parteien grundgesetzwidrig durch [mittelbare Wahlen](#) in ihre Stellungen gehievt werden. Mittelbare Wahlen sind die nach dem Wahlgesetz abgehaltenen Listen- bzw. Verhältniswahlen. Das Wahlgesetz ist in dieser Form bereits seit 1949 in Kraft und wurde damals

vom Parlamentarischen Rat erstellt, sehr wohl unter der Aufsicht der drei Westbesatzungsmächte, die diesem Wahlgesetz dann ihre [Absolution gaben](#). 1956 war es dann soweit, daß das BRiD-Regime sein eigenes Wahlgesetz erließ, das selbstverständlich als gerade neues Nato-Mitglied im selben grundgesetzwidrigen Stand verbleib. 1951 hat das gerade gebildete 3 x G im Südweststreit eine Entscheidung getroffen, in der es folgende wahrlich sehr [gute Meinung äußerte](#):

*„2. Das Bundesverfassungsgericht hat, wo immer Streitgegenstand die Vereinbarkeit eines Bundesgesetzes mit dem Grundgesetz ist - sei es in einem Verfahren nach § 13 Nr. 6, sei es in einem Verfahren nach § 13 Nr. 7 BVerfGG - die Gültigkeit des ganzen Gesetzes und jeder einzelnen seiner Bestimmungen unter allen rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen, auch soweit sie etwa von den Beteiligten nicht geltend gemacht worden sind. Das ergibt sich aus § 78 BVerfGG.“*

Das Wahlgesetz von 1956 war aber grundgesetzwidrig. Aber wie es so schön heißt, wo kein Kläger, da kein Richter; und jawohl in der BRiD gab es bis 1990 ordentliche Gerichte, die auf der Grundlage des [Kontrollratsgesetz Nr. 4 vom 20.10.1945](#) errichtet wurden.

Durch Aufhebung des Art. 23 GG wurde dem GG der Geltungsbereich entzogen und es hatte somit keine Rechtsgültigkeit mehr, zumal der verfassungsgebende Kraftakt, der seit 1990 in der neuen Präambel zum GG steht, nicht stattgefunden hat. Nun kam es aber dazu, daß Parteien vertreten durch augendienende Oberlehrer im Auftrag von weiteren Menschen das [Wahlgesetz vom 3 x G geprüft](#) wurde, da dies aber seit 1990 kein ordentliches, sondern ein Ausnahmegericht ist und diese nach [Proklamation Nr. 3 des Alliierten Kontrollrats vom 20.10.1945](#) sowie

[grundgesetzlich verboten](#), hat das Wahlgesetz geringfügig geändert, bestätigt und um der AfD Achtung zu zollen, die Sitze im Bundestag auf über 700 gesteigert. Warum macht das 3 x G das? Weil die Richter sich nicht selbst ihrer Posten entheben wollen, denn sie werden nach Art. 94 GG und § 5 4xG vom Bundestag und Bundesrat in diese gehievt. Dafür schützt das 3 x G die Parteien aus Bundestag und –rat über § 129 Abs 3 StGB vor evtl. Strafverfolgung und die Parteien schützen sich gleich selbst mit § 37 Parteiengesetz vor irgendwelchen Haftungen. Aus diesem Mischpokenkram resultiert dann auch [die Entscheidung des 3xG vom heutigen Mittwoch, dem 18.07.2018](#), bei dem ebenfalls wieder augendienende Oberlehrer beteiligt waren, denn es ging immerhin um ca.. 8 Mrd. €, die man weiterhin den Bewohnern des Bundesgebietes aus den Taschen ziehen will. Das 3xG hat entschieden, daß die Rundfunkgebühren verfassungsgemäß wären, auch für jene, die gar keine Empfangsgeräte ihr Eigen nennen. Verfassungsgemäß nennen diese [Ausnahmerichter](#) das ohne nachzuweisen auf welche Verfassung sie sich beziehen, dann wird die [BRiD noch zu Deutschland gemacht](#) und man könnte Leut Nahles recht geben, daß dieses Land eine Bananenrepublik wäre, der dazu einzig und allein die Bananenpflanzungen fehlen.

Jetzt zu einem anderen Menschen Herrn Rechtsanwalt Wilfried Schmitz, der nach bundesrepublikanischem Recht [gegen Angriffskrieg](#), aber auch gegen die Rundfunkgebühren rechtlich vorgeht. Er stellt dazu für andere Menschen eine [Mustervorlage](#) zur Klage gegen die Gebühren in seine Seite.

Interessant ist die [Ergänzung](#) zur Mustervorlage. In dieser Ergänzung werden viele Adressen zwecks der widrigen Berichterstattung der Rundfunkanstalten aufgeführt. Man sollte sich diese Adressen unbedingt speichern, auf daß sie sicher sind, denn es kann immer wieder vorkommen, daß man solche kritischen Seiten sperrt und man dennoch auf die entsprechenden Verweise zurückgreifen kann.

Ganz besonders interessant sind in dieser Ergänzung zwei Beiträge. Der [erste ist von Herrn Prof.](#)

[Dr. Paech](#), der ein Rechtsgutachten über die Völkerrechtswidrigkeit zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan erstellte. Dieses Gutachten stammt vom 12.11.2001.

In diesem zeigt Herr Prof. Paech auf, daß keinerlei völkerrechtliche Berechtigung für einen solchen Einsatz in Afghanistan vorhanden war und ist. Er zeigt dieses an Hand des Art. 51 der UN-Charta und des Art. 5 des Nato-Vertrages auf. Genau deswegen, also dem Art. 5 des Nato-Vertrags ist es sehr beachtlich, daß der Bundessöldnereinsatz nicht gerechtfertigt war und ist.

[Den zweiten Beitrag](#) aus der Ergänzung, den ich besonders empfehle ist ein kurzer Filmbeitrag des ZDF. Dieser Filmbeitrag ist im Grunde genommen eine jämmerliche Übernahme der USI-Lügen zwecks des Terroranschlags auf die WTC-Türme. Warum aber empfehle ich diesen Beitrag besonders? Weil in den ersten Sekunden des Filmbeitrags noch das sanfte Eingleiten eines Flugzeugs in einen WTC-Turm zu sehen ist und infolge dessen die Flugzeugspitze auf der anderen Seite wieder ans Tageslicht kommt und dann erst explodiert. Hier zeigt man, die völlig idiotische Erstfassung der Hollywood-Studios und das im US-Fernsehen zeitgleich, sowie auch vom Einsturz des WTC 7 20 Minuten bevor dieses wirklich begann einzustürzen im US-Fernsehen berichtet wurde. Man sehe sich auf den [Fotos](#) die Stahlkonstruktionen der WTC-Türme an. Man stelle sich auch die Entfernung vor, die die Flugzeugspitze, deren Außenhaut aus Aluminium besteht, durch diesen Turm zurücklegen mußte um auf der anderen Seite wieder herauszukommen. Dieses Durchdringen auf eine solche Entfernung würde noch nicht einmal durch eine gelantineartige Masse möglich sein und schon gleich gar nicht fast unbeschädigt. Ich war froh, als ich diesen Filmbeitrag wieder speichern konnte, da man mir alles was ich in dieser Beziehung hatte, 2005 mit zwei großen Überfällen geraubt hatte.

Jetzt aber zurück zum Eigentlichen, was ich mit diesem Sonderwort versuche aufzuzeigen.

Es gibt viele Menschen, wie Herr RA Schmitz, die versuchen gegen das Regime ehrlich zu arbeiten ganz im Gegenteil zu den Neppern, Schleppern, Bauernfängern von Krr, Volksbundesrath, Selbstverwalter, Gesürmelten u. a. , die sich hinterhältig von mit berechtigtem Zorn beladenen Menschen ihren Judaslohn verdienen und solange sie von dem ihr Schutzgeld an die BRiD abgeben, nicht belangt werden und die ehrlich und aufrichtigen Menschen erreichen aber keinen tatsächlichen Erfolg.

Stelle man sich nun die 3,5 Millionen Menschen vor, die Post von den „wilden Kommissaren“ bekommen und sich gegen die Gebühren wehren wollten und das evtl. noch mit der Anerkennung, daß die Rundfunkanstalten einen öffentlich rechtlichen Hintergrund hätten, dann kann man sich vorstellen, daß das eine Sisyphos-Arbeit ist, die letztendlich immer wieder zur Ausgangslage zurückführt, also keinen eigentlichen Erfolg erbringt. Wenn aber die 3,5 Millionen Menschen der [Bürgerklage](#) per [Erklärung](#) beitreten würden, wäre eine solch breite Front geschaffen, daß dem Ausnahmegericht 3 x G, das sich selbst Bundesverfassungsgericht nennt, eine zivile Macht gegenüberstehen würde, die dem völkerrechtswidrigen Regime ein Ende bereitet und die Voraussetzung für eine volksherrschaftliche Verfassung geschaffen würde. Mit dieser Verfassung könnte dann nicht nur das Problem der Rundfunkgebühren gelöst werden, sondern viele andere brennenden Problem gleichfalls. Probleme wie die Angriffskriege über Nato und EU, dem Souveränitätsverlust und die damit verbundenen Probleme im Inneren, wie marode Infrastruktur, zerstörte Volksbildung, Krankenhaus- und Pflegenotstand, Rentenprobleme und die vielen anderen Sachen, denen die Menschen immer wieder gegenübergestellt werden.

Jetzt bitte ich die Menschen ihren gesunden Verstand anzuwenden um über diese Worte gut nachzudenken und dann entsprechend gut reden und gut handeln zu können

**Olaf Thomas Opelt**  
**Staatsrechtlicher Bürger der DDR**  
**Reichs- und Staatsangehöriger**  
**Mitglied im Bund Volk für Deutschland**

Bundvfd.de